

Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände Nordrhein-Westfalen



Pressemitteilung

Gemeinsame Forderungen der kommunalen Spitzenverbände in NRW zur Bundestagswahl

Kommunale Handlungsfähigkeit für Zukunftsaufgaben sichern - NRW-Kommunen verlangen stärkere finanzielle Beteiligung des Bundes

Die kommunalen Spitzenverbände in Nordrhein-Westfalen fordern vor der Bundestagswahl, dass in der neuen Legislaturperiode die Handlungsfähigkeit der Städte, Kreise und Gemeinden in NRW gesichert und gestärkt wird. Dazu müssten sich die Parteien und ihre Kandidaten bekennen.

"Die neue Bundesregierung wird sich daran messen lassen müssen, dass die Kommunen in NRW die anstehenden Zukunftsaufgaben meistern können. Für Klimaschutz und Klimaanpassung sowie für gute Bildung an den Schulen brauchen wir mehr Bundesmittel, die direkt in den Kommunen ankommen. Konkret fordern wir den Bund auf, ein mehrjähriges Sanierungs- und Zukunftsprogramm für die Schulen aufzulegen, um den milliardenschweren Sanierungsstau anzugehen. Wir brauchen gut ausgestattete, digital vernetzte Schulen, in denen gerne gelernt und gelehrt wird. Außerdem muss sich der Bund noch stärker an den steigenden Sozialausgaben der Kommunen beteiligen", erklärten die Präsidenten der kommunalen Spitzenverbände, Oberbürgermeister Pit Clausen (Städtetag NRW), Landrat Thomas Hendele (Landkreistag NRW) und Bürgermeister Dr. Eckhard Ruthemeyer (Städte- und Gemeindebund NRW).

Die drei Spitzenverbände fordern, rasch nach der Bundestagswahl die folgenden Maßnahmen zugunsten der Kommunen in NRW in Angriff zu nehmen:

22. September 2021

Städtetag NRW
Volker Bästlein
Pressesprecher
Telefon 0221 3771-130
volker.baestlein@staedtetag.de
Gereonstraße 18 - 32
50670 Köln
www.staedtetag-nrw.de

Landkreistag NRW
Rosa Moya
Pressesprecherin
r.moya@lkt-nrw.de
Telefon 0211 300491-160
Kavalleriestraße 8
40213 Düsseldorf
www.lkt-nrw.de

Städte- und Gemeindebund NRW
Philipp Stempel
Pressesprecher
Telefon 0211 4587-230
philipp.stempel@kommunen.nrw
Kaiserswerther Straße 199 - 201
40474 Düsseldorf
www.kommunen.nrw

Belastung der Kommunen mit Sozialausgaben verringern

Die Kommunen wollen und müssen sich in besonderem Maße um sozial benachteiligte Menschen kümmern. Die hohen Sozialausgaben belasten viele kommunale Haushalte. Ohne eine weitere finanzielle Beteiligung des Bundes werden vor allem finanzschwache Städte, Kreise und Gemeinden immer weniger Möglichkeiten haben, den Bedürfnissen ihrer Bürgerinnen und Bürger vor Ort gerecht zu werden. Die Entlastung bei den Kosten der Unterkunft für Langzeitarbeitslose ist so weiterzuentwickeln, dass auch in NRW eine echte Bundesbeteiligung von mindestens 75 Prozent erreicht wird. Der Bund muss sich angemessen an der Finanzierung der kommunalen Leistungen für die Integration sowie an den kontinuierlich wachsenden Hilfen zur Erziehung beteiligen. Und die Leistungen der Pflegeversicherung müssen sich verbessern, um die Kosten für die Hilfe zur Pflege zu deckeln.

Schulen sanieren und innovative Schulbaukonzepte fördern

Gut ausgestattete, digital vernetzte Schulen, sind die Voraussetzung für erfolgreiche Bildungsarbeit. Die Kommunen sind als Schulträger wichtiger Taktgeber. Um den Sanierungsstau in Milliardenhöhe an den Schulen in NRW in absehbarer Zeit abzubauen, brauchen wir auch ein zusätzliches Engagement des Bundes. Wir fordern den Bund auf, ein mehrjähriges Sanierungs- und Zukunftsprogramm aufzulegen. Damit sollten auch innovative und zukunftsgerichtete Ansätze im Schulbau wie neue Raumkonzepte, klimaschonendes Bauen und digitale Vernetzung unterstützt werden.

Klimaschutz und Klimaanpassung verstärken

Die Städte, Kreise und Gemeinden sind Vorreiter beim Klimaschutz. Aber wir wollen rascher vorankommen: Wind- und Solarenergie müssen viel stärker und schneller ausgebaut werden als bislang, um die Energiewende und die gesetzten Klimaziele zu erreichen. Starkereignisse und Dürreperioden gefährden die Lebensgrundlagen der Menschen. Auch bei der Klimaanpassung brauchen wir deshalb mehr Tempo. Die Kommunen werfen dafür ihr Knowhow in die Waagschale. Damit wir das Engagement für das Klima vor Ort noch verstärken können, sollte das Bundes-Klimaschutzgesetz weiterentwickelt und die Klimaanpassung darin verankert werden.